

Online finden Sie fortlaufend aktualisierten Text, weiterführende Links und einen Film zum Thema.

<http://en-paz.de/konflikt/nahostkonflikt>

Der Nahostkonflikt

Konfliktakteure

Israel, Israelische Armee, Palästinensische Autonomiebehörde, El Fatah, Hamas

Konfliktbeginn

1947

Konfliktbeschreibung

Staatsgründung Israels 1948 & Palästina-krieg

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ins Leben gerufen. Einen Tag später, am 15. Mai 1948, marschierten die Armeen der Nachbarländer Israels (Ägypten, Syrien, Irak, Transjordanien und der Libanon) in das Land ein. Der sogenannte Palästina-Krieg begann.

Seit dem haben mehrere Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarn, sowie zahlreiche bewaffnete Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern stattgefunden. Die Lage ist bis heute angespannt. Im Zuge der Auseinandersetzungen kam es immer wieder zu Vertreibungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen. Besonders betroffen davon ist die arabischen Bevölkerung. Außerdem fordert der Konflikt bis heute immer wieder Todesopfer auf beiden Seiten.

Warum ist der Staat Israel damals überhaupt gegründet worden und warum ist das Verhältnis zwischen Israel und seinen Nachbarn so angespannt? Um dies zu verstehen, muss man einen Blick zurück in die Geschichte werfen...

Die jüdische Diaspora und Judenverfolgung

Mit der Gründung Israels 1948 entstand der erste jüdisch geprägte Staat seit der Antike. Bis dahin hatten die Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Juden – ursprünglich aus Kanaan, heute Israel/Palästina, stammend – seit vielen Jahrhunderten verteilt über ganz Europa und Vorderasien gelebt. Die „Verstreut-

Methodenvorschläge

Methodenvorschläge: Pro-Contra-Debatte, bzw. strukturierte Kontroverse, Partnerpuzzle oder Abfassung eines Kommentars für eine Zeitung zum Konflikt und möglicher Konfliktlösung. Aus: Anne Huber – Kooperatives Lernen - kein Problem (Effektive Methoden der Partner- und Gruppenarbeit)

heit“ der Mitglieder einer (religiösen) Gruppe nennt man Diaspora. Während beispielsweise im Osmanischen Reich (der heutigen Türkei) Juden als Ärzte, Minister und Soldaten anerkannt waren, wurden sie in vielen christlichen Staaten ausgegrenzt. Im Laufe der Jahrhunderte gab es immer wieder jüdenfeindlichen Bewegungen, die oft in Verfolgungen, Enteignungen, sozialer Diskriminierung und Gewalt endeten. Juden wurden häufig für Missstände der Gesellschaft verantwortlich gemacht, für Ereignisse die man sich nicht erklären konnte und für die ein Sündenbock gebraucht wurde (Krankheiten etc.). Die extremsten Verfolgungen erfuhren Juden in den 1930er bis 1940er Jahren durch den europäischen Faschismus und besonders durch den deutschen Nationalsozialismus. Millionen Menschen wurden verfolgt und umgebracht, allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk und den ihnen zugeschriebenen Eigenschaften. Für die Verfolgung und Vernichtung durch die Nazis war nicht der Glaube oder die aktive Religionszugehörigkeit entscheidend, sondern allein die vermeintlich ethnische Abstammung. Sie erklärten Juden zu einer eigenen Rasse, die sie auslöschen wollten.

Die Geschichte Palästinas und die zionistische Bewegung

Schon Ende des 19. Jahrhundert gründeten daher europäische Juden die zionistische Bewegung und riefen

zur Auswanderung in das Gebiet ihrer religiösen Stätten, nach Palästina, auf. Laut biblischer Geschichte bauten die Israeliten hier vor 3000 Jahren ihren ersten Tempel. Die Klagemauer – die Überreste der alten Tempelanlage auf dem Tempelberg in Jerusalem – ist heute eine der heiligsten Stätten des Judentums. Nach der islamischen Eroberung Palästinas im 7. Jahrhundert wurden an der selben Stelle der Felsendom und die Al-Aqusa-Moschee errichtet, beides bis heute zentrale Heiligtümer des Islam. Obwohl die Gegend im Laufe der Jahrhunderte immer wieder Schauplatz von Kriegen war, lebten die ganze Zeit über Juden, Muslime und auch Christen nachbarschaftlich zusammen. Ende des 19. Jahrhunderts, zu Beginn der jüdischen Einwanderung, lebten in Palästina etwa 400.000 Muslime, sowie 13.000–20.000 Juden und 42.000 Christen.

Jüdische Einwanderung nach Palästina – Ein Staat für Juden und Araber?

Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg (die Osmanen kämpften auf der Seite Deutschlands) wurde die Region unter den Siegermächten Frankreich und England neu aufgeteilt. Die Verwaltung der Provinz Palästina erhielt Großbritannien. England machte widersprüchliche Zusagen an verschiedene Gruppen: Sowohl den Arabern wurde die Unterstützung ihrer Unabhängigkeit gegenüber den Osmanen und ein eigener Staat in Aussicht gestellt, als auch der zionistischen Bewegung Zustimmung zum Aufbau einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ signalisiert – auf dem selben Gebiet in Palästina. Die zionistische Idee stieß dabei bei weitem nicht bei allen Jüdinnen und Juden auf Zustimmung, viele wollten in den Ländern bleiben, in denen sie bisher gelebt hat-

ten. Die zunehmende Judenfeindschaft in Europa, die schließlich im Holocaust gipfelte, bewog aber dennoch viele zur Auswanderung nach Palästina.

Die unfassbaren Geschehnisse der Judenvernichtung im Nationalsozialismus trugen auch dazu bei, dass innerhalb der neugegründeten UNO die Forderung nach einem Ort, an dem die Jüdinnen und Juden sicher vor Verfolgung sein sollten, unterstützt wurde.

Zunächst gab es auch von arabischer Seite Zustimmung zu diesem Projekt, sofern es zu einer arabischen Unabhängigkeit kommen und die arabische Bevölkerung weiterhin Hoheit über ihre Heiligtümer haben würde. Einige arabische Herrscher versprachen sich von der europäischen Zuwanderung technischen und wirtschaftlichen Fortschritt und die Verbreitung liberaler politischer Ideen. Arabische Großgrundbesitzer verkauften ihr Land an jüdische Einwanderer. Gleichzeitig entstand eine arabisch-palästinensische Nationalbewegung, in der sich – angestachelt durch einige arabische Machthaber – judenfeindliche Einstellungen breit



Klagemauer, Jerusalem. Some Rights Reserved by UN Photo John Isaac Isaac Charles Monua



machten und die folglich der Einwanderung ablehnend gegenüber stand.

Jüdische Einwanderer waren aufgrund massiver anti-jüdischer Ausschreitungen ab Ende des 19. Jahrhunderts überwiegend aus Osteuropa und Russland nach Palästina ausgewandert. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts kamen in einer großen Welle deutsch-jüdische Einwanderer, die vor der Judenverfolgung in Deutschland flohen. Viele Länder weigerten sich trotz der dramatischen Situation jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Großbritannien versuchte auch die Einwanderung nach Palästina einzuschränken.

Teilungsplan der UN und Staatsgründung Israels

Der jüdische Flüchtlingsstrom nach Palästina führte zu Konflikten zwischen der arabischen Bevölkerung und den jüdischen Einwanderern. Die Auseinandersetzungen wurden schnell gewalttätig. Die Flüchtlinge siedelten auf dem Grund und Boden arabischer Bauern und eigneten sich diese an - die ursprünglichen Besitzer wurden vertrieben. Es gründeten sich auf beiden Seiten Organisationen, die sich gegenseitig bekämpften.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwarf die UN als Lösung für das umkämpfte Gebiet einen Teilungsplan für Palästina, der sowohl den arabischen als auch den jüdischen Bedürfnissen gerecht werden sollte. Dies führte 1947 zu der Entscheidung, Palästina in je einen arabischen und einen jüdischen Staat zu teilen. Jerusalem und Bethlehem sollten wegen ihrer Bedeutung für alle Religionen unter internationaler Verwaltung stehen. Während dies von einem Großteil der jüdischen Einwanderer begrüßt wurde, stemmten sich Teile der arabischen Machthaber

massiv gegen die Teilung und die Gründung Israels.

Nachdem Großbritannien offiziell die Verwaltung Palästina niedergelegt und seine Truppen abgezogen hatte, rief die provisorische Regierung unter Ben Gurion im Mai 1948 den unabhängigen Staat Israel aus.

Palästina-Krieg 1948 und palästinensische Flüchtlinge

Daraufhin griffen die arabischen Nachbarländer, die keinen israelischen Staat dulden wollten, an. Die israelischen Truppen schlugen die arabischen Armeen zurück und besetzten im Gegenzug praktisch alle von der UN im Teilungsplan für einen palästinensischen Staat vorgesehenen Gebiete. Schon vor dem Krieg war es 1948 zur Vertreibung bzw. Flucht von über 700.000 Palästinensern (fast Zweidrittel der örtlichen arabischen Bevölkerung) und der Enteignung ihres Landbesitzes durch Israel gekommen. Diese erzwungene Auswanderung schuf die Ausgangslage für ein bis heute existierendes Flüchtlingsproblem. Die Vertriebenen, bzw. deren Nachkommen (insgesamt geschätzte vier Millionen Menschen), leben bis heute im Westjordanland und Gaza sowie den Nachbarstaaten Jordanien, Syrien und dem Libanon. Sie müssen dort teilweise in Flüchtlingslagern unter sehr schlechten Bedingungen leben. In diesen Ländern werden sie, mit Ausnahme Jordaniens, schlecht integriert und rechtlich benachteiligt. Die Vertriebenen beanspruchen bis heute ein Rückkehrrecht nach Palästina und finanzielle Entschädigungen. Israel lehnt dies ab, da der Palästina-Krieg – die Fluchtursache – ein arabischer Angriffskrieg gewesen sei. Außerdem verweist Israel darauf, dass in der Folge des Krieges



über 500.000 Juden aus arabischen Ländern vertrieben wurden.

Israels Kriege um Palästina: 1956, 1967, 1973

In den folgenden Jahrzehnten kam es zu drei weiteren israelisch-arabischen Kriegen: Im Suezkrieg, acht Jahre später, kämpften Israel, Großbritannien und Frankreich gegen Ägypten um Rechte auf dem Suezkanal. Im Sechstagekrieg von 1967 kam die israelische Armee mit einem überraschenden Angriff einem vermeintlichen Einmarsch bereitstehender arabischer Truppen der Nachbarländer zuvor. Mit diesem Krieg demonstrierte Israel seine militärische Stärke, die arabischen Armeen wurden empfindlich getroffen und Israel eroberte mit dem Westjordanland, dem ägyptisch besetzten Gaza-Streifen, den Golan-Höhen und der Sinai-Halbinsel (Teil Ägyptens) sowie Ost-Jerusalem weitere große Teile des palästinensischen Gebietes. Nach dem Krieg 1967 wurden im neu besetzten Westjordanland mehrere israelische Siedlungen gebaut. Besonders konservative israelische Kräfte unterstützen diese Siedlungspolitik, da so Fakten gegen eine Rückgabe des Gebietes an einen zukünftigen palästinensischen Staat geschaffen werden. Viele Israelis sehen die Siedlungen aber kritisch und fordern ein Ende der israelischen Besiedlung im Westjordanland.

Im Jom-Kippur-Krieg von 1973 schließlich schlug Israel einmarschierte Truppen der Syrer und Ägypter zurück. Ägypten erhielt nach Verhandlungen dennoch Teile Sinais zurück. 1982 gab Israel den letzten Teil des Sinai an Ägypten zurück.

Intifada und internationale Friedensverhandlungen

Der massivste Aufstand der palästinensischen Bevölkerung gegenüber Israel und gegenüber der Besetzung der ursprünglich den Palästinensern zugedachten Gebiete begann 1987 mit der ersten Intifada (Befreiungskampf). Die gewalttätigen Aufstände wurden erst 1993, nach sechs Jahren, durch Friedensverhandlungen im Oslo-Friedensprozess und die Schaffung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) beendet. Im Rahmen des Osloer-Friedensprozesses verhandelten Israel und Vertreter der Palästinenser gemeinsam über eine Lösung des Nahostkonflikts. Als Ergebnis bekamen die Palästinenser 1994 erstmals seit dem Sechstagekrieg 1967 Gebiete zur Selbstverwaltung zugesprochen: den Gaza-Streifen und Teile des Westjordanlandes. Im selben Zuge wurde auch die Palästinensische Autonomiebehörde eingerichtet. Sie erfüllt Regierungsfunktionen in den palästinensischen Gebieten. Dies gilt als Vorstufe zu einem selbstständigen palästinensischen Staat. Offen – und bis heute ungeklärt – blieben bei den Verhandlungen die folgenden strittigen Punkte: der Status Jerusalems, das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und die jüdischen Siedlungen im Westjordanland.

Erneute Verhandlungen über die noch offenen Fragen im Friedensprozess zwischen israelischer und palästinensischer Führung scheiterten im Jahr 2000. Es folgte ein zweiter palästinensischer Aufstand, die sogenannte Al-Aqsa-Intifada. Dabei breiteten sich die Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischem



Militär auf das gesamte israelisch-palästinensische Gebiet aus. Ein Waffenstillstandsabkommen beendete diese zweite Intifada 2005.

Obwohl die UN die Aneignung von Gebieten durch Krieg völkerrechtlich ausdrücklich untersagen und eine Resolution gegen die im Zuge des Sechstagekriegs stattgefundenen Besetzungen verabschiedeten (Resolution 242), hat Israel bis heute nur den Sinai (1982 an Ägypten) sowie 2005 den Gaza-Streifen wieder verlassen.

Seit 2002 wird die ohnehin angespannte Situation noch durch den israelischen Bau einer befestigten Anlage zur Abgrenzung der palästinensischen Gebiete zugespitzt. Begründet wird dies als Maßnahme zur Abwehr terroristischer Attentäter aus den besetzten Gebieten. Kritiker sehen darin jedoch den Versuch, den Anschluss der jüdischen Siedlungsgebiete im Westjordanland an Israel zu erleichtern und die Grundlagen eines palästinensischen Staates weiter zu erschweren bzw. das Gebiet zu verkleinern.

Situation in den palästinensischen Gebieten

Die Lebensumstände der arabischen Bevölkerung in den von Israel kontrollierten Gebieten sind größtenteils sehr schlecht. Die Versorgungslage und die wirtschaftliche Entwicklung in den palästinensischen Gebieten werden durch rigide Grenzkontrollen stark beeinträchtigt und führen zu Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Angestachelt durch massive anti-jüdische und anti-israelische Stimmungsmache durch radikal-islamische Kräfte kommt es bis heute immer wieder zu pa-

lästinensischen Terroranschlägen auf zivile und militärische Ziele, auch in Israel selbst. Das israelische Militär wiederum antwortet mit Vergeltungsaktionen und der gezielten Tötung palästinensischer Führer. Beide Seiten nehmen dabei keine Rücksicht auf Zivilisten. Diese werden immer wieder Opfer der Gewaltspirale.

Forderungen der Palästinenser

Die Positionen der Palästinenser im Nahostkonflikt sind ebenfalls alles andere als einheitlich: Zwischen den beiden großen palästinensischen Organisationen Fatah (sozialistisch-säkular) und Hamas (religiös-fundamentalistisch) gab es immer wieder Konflikte, bis hin zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen ihren Anhängern. Allein in der ersten Intifada starben bis zu 1.000 Menschen bei innerpalästinensischen Auseinandersetzungen. Der Konflikt zwischen den unterschiedlichen palästinensischen Fraktionen spitzte sich 2007 im „Kampf um Gaza“ zu: militärische Einheiten der beiden großen palästinensischen Gruppen Hamas und



Some Rights Reserved by Wall in Palestine Flickr



Fatah bekämpften sich. Die Hamas ging als Siegerin aus den Auseinandersetzungen hervor und übernahm die Kontrolle des Gaza-Streifens. Damit waren die Palästinensischen Autonomiegebiete faktisch gespalten. 2011 schlossen beide Parteien jedoch ein Versöhnungsabkommen.

Uneinigkeit unter den Palästinensern besteht in der Frage, welche Teile des Westjordanlandes – zusätzlich zu den bereits durch die PA verwalteten Gebiete – zum palästinensischen Territorium gehören sollen. So fordern manche die heutigen Autonomiegebiete plus Ost-Jerusalem als Hauptstadt, andere das gesamte Westjordanland (einschließlich der bisher von Israel kontrollierten Teile) und wieder andere den Rückzug Israels bis zu den Grenzen von vor 1967. Dazu würde gehören, die Kontrolle über Ost-Jerusalem aufzugeben. Radikale Gruppen wie die Hamas dagegen lehnen die Zweistaatenlösung ab. Sie fordern gar das gesamte Gebiet zwischen Jordan und dem Mittelmeer, was einer Auflösung Israels gleich kommen würde. Der bewaffnete Kampf gegen Israel und seine BewohnerInnen ist Teil ihres politischen Programms.

Israel hingegen will die jetzigen Grenzen beibehalten und mindestens die großen Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem behalten.

Palästina möchte als souveräner Staat anerkannt werden

Trotz ständiger Uneinigkeiten zwischen der Hamas und Fatah versuchte Palästina 2011 die Anerkennung als eigenständiger Staat in der Vereinten Nationen (UNO) zu erlangen.

Die UNO ist eine Organisation aus 193 Staaten, die sich 1945 nach dem 2. Weltkrieg gegründet hatte. Als Ziele haben sich die Vereinten Nationen unter anderem den Weltfrieden, die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte gesetzt. Mehr Infos zur UNO findet ihr unter <http://www.frieden-fragen.de/lexikon/u-z/uno.html>. Die UNO besteht aus verschiedenen Hauptorganen (größtes Hauptorgan ist die Generalversammlung) und ist Teil einiger internationaler Wirtschaftsorganisationen (z.B. die WTO). Weiterhin gibt es so genannte Sonderorganisationen der UNO, die bekannteste darunter ist die so genannte UNESCO: Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kulturà <http://www.frieden-fragen.de/lexikon/u-z/unesco.html>

Palästina hat seit der Gründung Israels, aufgrund der immer wieder kehrenden Unruhen zwischen Israel und Palästina, bis heute keinen Sitz in der UNO und ist offiziell noch kein anerkannter Staat. Im September 2011 beantragte der Palästinapäsident Mahmud Abbas sowohl bei der UNESCO, als auch bei der UNO die Vollmitgliedschaft. Abbas möchte die Anerkennung eines Staates in den Grenzen vor dem Sechstagekrieg von 1967, also mit dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem. Dies wird von der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung unterstützt und befürwortet.

Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes unterscheidet sich bei diesen beiden Organisationen. Die UNESCO ist zwar ein Teil der UNO, aber eine Sonderorganisa-





EN
PAZ

FRIEDENSBILDUNG
FÜR SCHULEN

tion mit eigenen Rechten. Die Aufnahme in die UNO erweist sich als sehr viel schwieriger als die bei der UNESCO. Denn jedes einzelne Land im Sicherheitsrat besitzt ein Vetorecht. [Mehr zum Sicherheitsrat und der Aufnahme in die UNO findet ihr auf: <http://www.frieden-fragen.de/lexikon/u-z/uno.html>]

So ist die Aufnahme bei der UNESCO einfacher. Der palästinensische Antrag passierte einen Monat später nach der Beantragung der Vollmitgliedschaft des Palästinapäsidenten: Am 31.10.2011 stimmten 107 Mitgliedstaaten für die Aufnahme Palästinas in die UNESCO. Nur 14 Länder stimmten dagegen, unter anderem Deutschland. 53 Staaten enthielten sich. Diese Abstimmung war zuvor starker Kritik seitens der USA und Israel ausgesetzt, die prinzipiell seit der Gründung Israels gegen jegliche Anerkennung Palästinas sind. Sollte eine Anerkennung in der UNESCO dennoch zustande kommen, drohten die USA und Israel mit dem Ende ihrer Beitragszahlungen.

Deshalb kürzten beide Länder unverzüglich nach der Aufnahme Palästinas ihren Finanzbeitrag an die UNESCO. Da die USA eigentlich größter Beitragszahler der UNESCO sind, stand die Organisation vor einem Schreckenszenario. Denn die UNESCO verlor damit 60 Millionen Dollar, die sie nun nicht mehr für Bildungsprojekte ausgeben kann. Die beiden Staaten begründen ihre Haltung gegenüber der Aufnahme Palästinas damit, dass die Mitgliedschaft verfrüht sei und von den eigentlichen Friedensverhandlungen im Nahen Osten ablenke. Von allen anderen Staaten wurde die Aufnahme begrüßt und als ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit betrachtet.

Seit September 2011 befasste sich der UN-Sicherheitsrat mit einer möglichen Vollmitgliedschaft Palästinas in die UN. Nur mit einer Mehrheit aller Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates und aller ständigen Mitglieder wäre eine Aufnahme als Mitglied möglich. Da die USA von Anfang an ihr Veto verkündet haben, verhindern sie somit eine Aufnahme Palästinas. Als Alternative wurde auch ein Beobachterstatus in Betracht gezogen - dafür ist keine einheitliche Stimme aller Mitgliedsstaaten notwendig, es reicht die einfache Mehrheit von 97 Stimmen. Länder mit Beobachterstatus haben zwar kein Stimmrecht, können aber Mitglieder in anderen UN-Organisationen werden und dadurch mehr Rechte erhalten. Ein Beispiel ist der Vatikanstaat. In einer historischen UN-Abstimmung im November 2012 erhielt Palästina schließlich den Beobachterstatus mit großer Zustimmung. 138 Staaten stimmten für den Beobachterstatus und werteten Palästina damit politisch auf. 41 Länder enthielten sich, darunter auch Deutschland. Die USA und Israel stimmten dagegen.



Some Rights Reserved by UN Photo Stephenie Hollyman



Konflikttransformation

Zweistaatenlösung, gegenseitige Bedingungen erfüllen, aktiver Friedensprozess

Der Konflikt um Israel/Palästina scheint festgefahren und nahezu ausweglos zu sein. Alle bisherigen Ansätze zu Friedensverhandlungen sind gescheitert, die Ängste und Vorurteile auf beiden Seiten sind groß. Bei genauerer Betrachtung schließen sich die jeweiligen Bedürfnisse aber gar nicht aus: Israels zentrales Interesse besteht in der Sicherheit seiner BürgerInnen. Dazu zählt, dass das Existenzrecht Israels nicht weiter in Frage gestellt wird und dass die Selbstmordattentate, Anschläge und Raketenbeschüsse aus dem Gaza-Streifen auf israelisches Gebiet enden.

Grundsätzliches Anliegen der palästinensischen Seite ist ein eigener Staat mit festgelegten Grenzen. Die Palästinenser fordern zum Erreichen ihres Ziels den Abzug israelischer Truppen aus den palästinensischen Gebieten. Sie fordern weiterhin die Öffnung der von Israel kontrollierten Grenzen zwischen dem Gaza-Streifen und israelischem Gebiet sowie ein Ende der dortigen Wirtschaftsblockade.

Die Frage, um die so erbittert gestritten wird, ist, wie diese Ziele erreicht werden können. Darüber herrscht auch innerhalb der israelischen bzw. palästinensischen Bevölkerung keine Einigkeit.

Nahost-Quartett und Roadmap

Der Konflikt kann, besonders wegen seiner weit zurückreichenden Geschichte, nicht allein von den beiden

Konfliktparteien gelöst werden kann. Deshalb ist die Vermittlung durch neutrale Dritte notwendig. In diesem Falle ist das die internationale Gemeinschaft. Deshalb hat die UN schon viele Resolutionen verabschiedet, welche die Konfliktparteien zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts auffordern. Allerdings sind diese Aufforderungen bisher verhallt ohne eine grundlegende Veränderung der Situation bewirkt zu haben. Um den ins Stocken geratenen Friedensprozess wieder zu beleben, hat sich erstmals im Jahr 2002 das sogenannte „Nahost-Quartett“ getroffen. Es besteht aus VertreterInnen der UN, der EU, Russlands und der USA. Diese Gruppe entwickelte einen Friedensfahrplan – die sogenannte „Roadmap“ –, der zum friedlichen Nebeneinander eines israelischen und eines palästinensischen Staates führen sollte. Geplant war die Ausrufung eines unabhängigen palästinensischen Staates bis 2005. Ungeklärt blieben in der Roadmap aber der genaue Grenzverlauf und der Status Jerusalems mit Ost-Jerusalem als möglicher Hauptstadt des neuen Staates Palästina.

Das Ziel der Zweistaatenlösung wurde nicht erreicht, weil beide Seiten zentrale Punkte nicht erfüllt haben: So hat Israel seinen Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten nicht beendet und Teile der palästinensischen Organisationen haben sich weder vom Terrorismus gegen Israel distanziert noch das Existenzrecht Israels anerkannt.

Besonders diese Vorbedingungen, an die beide Seiten die Wiederaufnahme der Verhandlungen geknüpft ha-



ben, verhindern bisher erfolgreiche Gespräche zu einer Lösung. Ein weiteres Problem stellt die bisherige Strategie der internationalen Gemeinschaft und Israels dar, die Hamas – aufgrund ihrer Verbindung zu terroristischen Gruppen und extremistischer Anti-Israel-Propaganda – aus Verhandlungen auszuschließen. Besonders seit Hamas und Fatah versöhnt sind und gemeinsames politisches Handeln vereinbart haben, fordern internationale PolitikerInnen und FriedensvermittlerInnen alle am Konflikt beteiligten Gruppen in den Dialog zu integrieren, um Fortschritte in den Verhandlungen zu erreichen.

An der Basis: Annäherung und Dialog zwischen Israelis und Palästinensern

Mindestens so wichtig wie die internationalen und zwischenstaatlichen Verhandlungen – die „große Politik“ – sind in diesem Konflikt aber die Annäherungen zwischen israelischen und palästinensischen Menschen. Aufgrund der gewaltsamen Konfliktgeschichte herrschen hier auf beiden Seiten viele Vorurteile, Feindbilder und Hass. Für ein nachhaltiges friedliches Zusammenleben müssen diese Einstellungen abgebaut werden. Besonders wichtig sind dabei Begegnungen zwischen jungen Menschen. Häufig kennen sie niemanden von „den Anderen“, da Israelis und Palästinenser nicht nur räumlich, sondern auch sozial stark getrennt leben. Selbst arabische Israelis besuchen beispielsweise nur selten mit jüdischen Kindern zusammen eine Schule. Diese Trennung muss aufgehoben werden. Einige Initiativen existieren bereits, die ein gemeinsames Leben von Israelis und Palästinensern praktizieren. Da es sowohl in Israel, als auch in den palästinensischen

Gebieten, viele Menschen gibt, die sich eine friedliche Lösung des Konflikts wünschen, gibt es große israelisch-palästinensische Friedensorganisationen. Ein erfolgreicher Friedensprozess muss auf vielen Ebenen stattfinden. FriedensforscherInnen fordern daher Verhandlungen auch auf der Ebene der Zivilbevölkerung. Ein israelisch-palästinensisches Friedensforum könnte den Austausch über die unterschiedlichen Bedürfnisse, Forderungen, Ängste und Befürchtungen ermöglichen und als gemeinsames Gremium eine relevante Stimme in den zwischenstaatlichen Verhandlungen werden.

Von der Zwei-Staaten-Lösung zu neuen Modellen

Mit dem im Jahr 1995 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (Palestinian Liberation Organisation) abgeschlossenen „Osloer Vereinbarungen“ sollte die Aufteilung des Westjordanlands in eine israelische und eine palästinensische



Some Rights Reserved by UN Photo Milton Grant





EN
PAZ

FRIEDENSBILDUNG
FÜR SCHULEN

Zone eingeleitet werden. Aufgrund der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland ist derzeit jedoch keine Teilung des Gebietes möglich. Es ist schlicht und ergreifend kein zusammenhängendes palästinensisches Staatsgebiet gegeben. Im Westjordanland gab es 2010 mehr als 200 israelische jüdische Siedlungen und etwa 145 nicht autorisierte, meist kleinere sogenannte Gebiete. Diese können im Zuge einer Zwei-Staaten-Lösung nicht einfach geräumt werden. Eine mögliche Folge könnte ein innerisraelischer Bürgerkrieg sein.

Alternativen zur Zwei-Staaten-Lösung

Auch eine Ein-Staaten-Lösung ist momentan eher unwahrscheinlich. Da die Größe der palästinensische Bevölkerung, die der jüdischen in nur sehr kurzer Zeit aufgrund ihrer hohen Geburtenrate übersteigen würde, sieht die israelische Regierung nicht nur den jüdischen Charakter Israels, sondern auch ihre Führungsmacht in Gefahr.

Welche Alternativen sind nun möglich?

Weder das Zwei-Staaten-Modell, noch das Ein-Staaten-Modell scheinen zurzeit gangbare Lösungen zu sein. Aus diesem Grund werden in jüngster Zeit mögliche Alternativen diskutiert. Zu diesen gehören ein föderales Bundesmodell und ein Modell der zwei Parallelstaaten.

Das föderale Bundesmodell sieht die Einteilung des Gebietes in mehrere weitgehend autonome (eigenständige) Verwaltungsgebiete vor. Diese werden wiederum einer Bundesregierung unterstellt. So müssen weder Gebiete geopfert, noch die souveräne (selbstbestimm-

te) territoriale Kontrolle abgegeben werden. Der Charakter der Selbstbestimmung für die unterschiedlichen Gemeinden und ethnischen Gruppen würden erhalten werden.

Ein weiteres Modell ist das von zwei Parallelstaaten. In diesem Modell werden eine israelische und eine palästinensische Regierung innerhalb eines Staatsgebietes zusammengesetzt. Hier würden allerdings keine internen geographische Grenzen gesetzt werden. Bereiche, wie Kultur, Religion und Nationalität, würden von den jeweiligen Regierungen der Parallelstaaten unabhängig des eigentlichen Wohnortes ihrer Bürger verwaltet. Dahingegen würden Bereiche wie Sicherheit und Infrastruktur unter eine gemeinsame Koordination fallen.

Beide Modelle sind keineswegs frei von Problemen. Alternativen wie diese sollten im langjährigen Nahost-Konflikt aber in Betracht gezogen werden. Die Hoheit über Vorgehensweisen, wie Verfahrensabläufe, Fristen und Ähnliches zu entscheiden, muss jedoch bei der israelisch-palästinensischen Gesellschaft liegen.



Coexist - Zusammenleben. Some Rights Reserved by mikep Flickr



Externe Links

SZ online: Abstimmung in New York: UN werten Palästinenser mit Beobachterstatus auf

www.sueddeutsche.de/politik/historische-abstimmung-in-new-york-un-werten-palaestinenenser-mit-beobachterstatus-auf-1.1537670

Initiativen zur ZKB

Neve Shalom, „Oase des Friedens“ - ein israelisch-palästinensisches Dorf

<http://nswas.org/rubrique41.html>

Freedom Theatre Jenin: The Freedom Theatre Jenin

www.thefreedomtheatre.org

Auswärtiges Amt: Text der Roadmap (deutsch)

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/IsraelPalaestinensischeGebiete/IsraelischPalaestinensischerKonflikt_node.html

bpb, Themenblätter im Unterricht: Friedenschancen im Nahen Osten?

http://www.bpb.de/publikationen/CS7GSI,o,o,Friedenschancen_im_Nahen_Osten.html

Gush Shalom – Israelisch-palästinensische Friedensorganisation

<http://gush-shalom.org/>

One Voice – International grassroots movement for a two-state solution (Seite auf Englisch)

<http://www.onevoicemovement.org/>

NGO: btselem Israelisches Informationszentrum über Menschenrechtsverletzungen in den palästinensischen Gebieten (Englisch)

<http://www.btselem.org/>

Yes-Theatre: Theaterpädagogische Friedensarbeit in Palästina

<http://www.wfd.de/projekte/menschenrechte/palaestina-yes-theatre.html>

Nahost-Konflikt: Ist die Zwei-Staatenlösung gescheitert?

<http://www.versoehnungsbund.de/2012-cr-zwei-staaten>

Jenseits der Zwei-Staaten-Lösung

<http://www.audiatour-online.ch/2012/06/06/jenseits-der-zwei-staaten-loesung/>

Mehr zum Konflikt

Kommentar zur Siedlungspolitik, Heinrich-Böll Stiftung: Zwei-Staaten-Lösung: Israel hat die Initiative
www.boell.de/internationalepolitik/aussensicherheit/aussen-sicherheit-7301.html

Israel&Palästina (Forumzfd): Konflikt und Zivilgesellschaft in Jericho

<http://www.forumzfd.de/node/424>



Serious Games: PeaceMaker – Computerspiel zur Lösung des Nahostkonflikts (kostenpflichtig, Arabisch, Hebräisch, Englisch)

<http://www.peacemakergame.com/>

Euronews: UN erkennen Palästina als Staat an

http://www.youtube.com/watch?v=7miQnG_I2KA

Antisemitismus und Antizionismus in der Charta der Hamas

http://www.bpb.de/themen/YYCLMJ,o,o,Antisemitismus_und_Antizionismus_in_der_Charta_der_Hamas.html

Mehr zum Land

The Palestine Chronicle - Leading Online Newspaper on Palestine

<http://palestinechronicle.com/>

CIA - The World Factbook, Israel

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html>

Kontakt

EN-PAZ e.V. das Jugendportal der Stiftung Friedensbildung

E-Mail info@en-paz.de

Internet www.en-paz.de

Stiftung Friedensbildung

Internet www.friedensbildung.org

Mehr zur Historie des Konflikts

bpb, Konfliktporträt Nahost

<http://www.bpb.de/themen/N7BUCR,o,o,Nahost.html>

Doku; Peter Scholl-Latour/Kolonialmassaker, Teil 1 „Nostalgie und Höhenflug“ 2010

<http://www.youtube.com/watch?v=C-9nRLGyqqM>

Ewiger Aufruhr: Hundert Jahre Nahostkonflikt - Teil 2: Auge um Auge

<http://youtu.be/gaVWhLMS3Y>

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft

Konto-Nr.: 1311700

BLZ: 100 205 00